



Bezirksregierung Arnsberg

Geschäftsstelle des Regionalrates

E-Mail-Adresse: geschaeftsstelle.regionalrat@bezreg-arnsberg.nrw.de

Tel.: 02931/82-2341, 2324 oder 2306 Fax.: 02931/82-46177

Regionalratssitzung am:	09.06.2011	Vorlage:	14/02/11
Vorberatung in:	PK..... <input type="checkbox"/>	SK..... <input checked="" type="checkbox"/>	VK..... <input type="checkbox"/>
TOP 2:	Pakt für den Sport – Information		
Berichterstatter:	Abteilungsdirektor Salomon		
Bearbeiter:	Regierungsbeschäftigter Dr. Fiesel		

Der Regionalrat fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Der Regionalrat nimmt die Information zur Kenntnis.

Die Landesregierung Nordrhein-Westfalens sucht die enge Kooperation mit dem organisierten Sport. Dokumentiert wird dies in der Unterzeichnung des „Pakts für den Sport“ durch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und den Präsidenten des Landessportbundes Nordrhein-Westfalen (LSB), Walter Schneeloch, im Beisein der Sportministerin Ute Schäfer (Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport NRW – MFKJKS) und des LSB-Vorstandsvorsitzenden Dr. Christoph Niessen am 12. Februar 2011 in Recklinghausen. Trotz angespannter Haushaltslage sieht die Landesregierung es als unverzichtbare Aufgabe an, den Breiten- und Spitzensport zu fördern. Zusätzliche drei Millionen Euro Förderung für 2011 stellt die Landesregierung deshalb dem LSB zur Verfügung und signalisiert so ihre deutliche Unterstützung in allen wichtigen Handlungsfeldern des Pakts.

Durch Mittel aus dem „Pakt für den Sport“ soll vor allem das Programm des LSB „NRW bewegt seine Kinder“ mit den vier Arbeitsschwerpunkten Kindertagesstätten/Kindertagespflege, Außerunterrichtlicher Schulsport/Ganztag, Kinder- und Jugendarbeit im Sportverein sowie Kommunale Entwicklungsplanung/Netzwerkarbeit gefördert werden.

Im Rahmen des erstmalig in der Bezirksregierung Arnsberg veranstalteten Arnsberger Sportdialogs signalisierten Regierungspräsident Dr. Gerd Bollermann und Walter Schneeloch im Beisein von Dagmar Freitag (Sportausschussvorsitzende des Deutschen Bundestags) bereits im November 2010 ihre Bereitschaft zur konstruktiven Zusammenarbeit auf regionaler Ebene.

Für die Bezirksregierung Arnsberg ergeben sich dabei folgende Arbeitsschwerpunkte:

- Handlungsprogramm Schwimmen
- Umsetzung des Landesprogramms Bildung und Gesundheit
- Kooperation Schule – Verein
- Integration durch Sport

Das vorrangige Ziel des Handlungsprogramms Schwimmen liegt in der Reduzierung der Nichtschwimmerquote sowie in der Qualifizierung von Lehrerinnen und Lehrern, insbesondere der Grund- und Förderschulen. So nahmen in den Jahren 2009/2010 an den 99 angebotenen Schwimmfortbildungen der Bezirksregierung Arnsberg ca. 1.900 Lehrkräfte teil. 55 Ferienschwimmkurse in Kooperation mit den ortsansässigen Schwimmvereinen und der DLRG (Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft e. V.), den Stadt- und Kreissportbünden sowie den Ausschüssen für den Schulsport führten zusätzlich dazu, dass die Nichtschwimmerquote der Kinder in der Primar- und der Orientierungsstufe gesenkt werden konnte. Um Kinder für den Schwimmsport zu begeistern, wurde ein Grundschul-Schwimmwettkampf unter Leitung der Bezirksregierung entwickelt und im letzten Schuljahr in den Städten und Kreisen erstmalig umgesetzt. Der enorme Zuspruch war Auslöser dafür, den Wettkampf dem MFKJKS und dem MSW (Ministerium für Schule und Weiterbildung NRW) vorzustellen, da-

mit dieser flächendeckend in NRW eingeführt werden kann. Eine Entscheidung steht noch aus.

Besonders schwierig gestaltet sich die Durchführung des Schwimmunterrichts mit Kindern und Jugendlichen von Eltern mit muslimischem Hintergrund. Eltern führen zumindest bei Mädchen religiöse Gewissensgründe an. Muslima könnten nicht die islamische Kleiderordnung einhalten, die ihnen gebietet, den Körper vor fremden Blicken zu schützen. Es ist deshalb nicht verwunderlich, dass muslimische Kinder, und hier besonders die Mädchen, beim Anteil der Nichtschwimmer zum Ende der Grundschulzeit überproportional vertreten sind. Hier gilt es, integrative Konzepte zu entwickeln und zu erproben.

Das Landesprogramm „Bildung und Gesundheit“ (BuG) startete am 01. Juli 2009. Es setzt konsequent die konzeptionelle Entwicklung der Gesundheitsförderung in Schulen fort. Gesundheits- und Bildungsqualität stehen nach heutigen Erkenntnissen in einem wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis. Das Konzept geht davon aus, dass Bildungsqualität nur dann entsteht, wenn Gesundheitsförderung und gesundheitliche Prävention in allen relevanten Qualitätsdimensionen einer Schule (z. B. Bildungs- und Erziehungsauftrag, Führung und Management, Schulklima und Schulkultur) stattfinden, wie auch umgekehrt Qualität eine unverzichtbare Voraussetzung für wirksame Gesundheitsförderung und gesundheitliche Prävention ist. Für die Bezirksregierung Arnsberg zählt Bewegung zu den grundlegenden Elementen von Erziehung und Bildung. Im Gegensatz zu den anderen Bezirksregierungen liegt die Umsetzung des Landesprogramms BuG deshalb beim Sportdezernat. Zurzeit gibt es im Zuständigkeitsbereich der Bezirksregierung 30 BuG-Schulen.

Viele Vereine fühlen sich durch demographischen Wandel, sinkende Mitgliederzahlen, renovierungsbedürftige Sportstätten, Wegbrechen ehrenamtlicher Strukturen, fehlendes qualifiziertes Personal wie Trainer und Übungsleiter in ihrer Existenz bedroht. Hinzu kommt die gravierende Veränderung der Schullandschaft in NRW durch den zunehmenden Ganztags-schulbetrieb und den Abschluss des Gymnasiums nach 8 Jahren. Die Kinder gehen länger zur Schule; am Nachmittag findet Regelunterricht statt. Die Verlängerung der Schultage mit der damit einhergehenden Mehrbelastung der Schülerinnen und Schüler hat auch Auswirkungen auf den organisierten Sport in Vereinen und Verbänden. Die Schülerinnen und Schüler haben weniger freie Zeit und nutzen die Angebote der Sportvereine in einem geringeren Umfang als früher. Sport und Bewegung bieten aber grundlegende und unverzichtbare Bausteine für eine gesunde Entwicklung aller Schülerinnen und Schüler und sind daher im Schulalltag zu berücksichtigen.

Das Zusammenführen von Schulen und Sportvereinen zu einer Kooperation, die auf Nachhaltigkeit angelegt sein soll, sieht die Bezirksregierung im Schulterschluss mit dem organisierten Sport als eine ihrer wesentlichen Aufgaben an. Die gemeinsam mit dem LSB durch-

geführte Sporthelfer-Ausbildung qualifiziert Jugendliche (13–17 Jahre) für die sportliche und außersportliche (kulturelle) Arbeit mit Kindern in Schule und Sportverein. Angesprochen werden Jugendliche, die in der Kinder- und Jugendarbeit im außerunterrichtlichen Bereich und der Sportvereine mitarbeiten möchten. In den letzten zwei Jahren nahmen 183 Sportlehrkräfte von weiterführenden Schulen aus dem Regierungsbezirk Arnsberg an der Qualifizierung für die Sporthelfer-Ausbildung teil.

Im letzten Jahr wurden in allen Städten und Kreisen mit Unterstützung der zuständigen Sportfachverbände, der Stadt- und Kreissportbünde sowie der Ausschüsse für den Schulsport Kooperationen zwischen Schulen und Vereinen in den unterschiedlichsten Sportarten angebahnt. Beispielhaft seien genannt:

- Hochsauerlandkreis:
Volleyball (Gymnasium Sundern mit RC Sorpesee), Schwimmen (Marienschule Sundern mit TuS Sundern), Skilauf (Schneeskschulskitag mit Westdeutschem Skiverband)
- Kreis Olpe:
Mädchenfußball (HS Finnentrop mit FC Finnentrop)
- Märkischer Kreis:
Basketball (Hemberg-Gymnasium mit NOMA Iserlohn), Mädchenfußball (GS Sümmern mit Sportfreunde Sümmern), Schwimmen (GS Bömberg mit ISSV), Handball (Grundschule Ihmert mit HTV)
- Kreis Siegen-Wittgenstein:
Handball (Gymnasium Netphen mit TVE Netphen)
- Kreis Soest:
Volleyball (Archigymnasium Soest mit Soester TV)

Die integrative Kraft des Sports ist unbestritten. Sport verbindet, schafft soziale Kontakte. Untersuchungen zeigen, dass insbesondere Kampfsportarten und Fußball eine hohe Anziehungskraft für Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte haben. Untersuchungen zeigen aber auch, dass nur etwa jedes siebte Mädchen aus einer Zuwandererfamilie Mitglied eines Sportvereins ist.

Die Bezirksregierung arbeitet zurzeit mit dem LSB an einem Konzept, das auch den Integrationsgedanken aufgreift und Umsetzungsmöglichkeiten aufzeigt. Dieses Konzept wird in der Regionalratssitzung am 9. Juni 2011 vorgestellt.